



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE POLNISCHEN MIGRANTEN UND DER BREXIT

■ ANALYSE	
Die polnischen Migranten in Großbritannien im Kontext des Brexit Michał P. Garapich, University of Roehampton, London	2
■ DOKUMENTATION	
Exposé des Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki vor dem Sejm am 19. November 2019	6
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Aussagen der polnischen Bevölkerung zur Tätigkeit im Ausland	8
Statistik – Polen in Großbritannien	9
■ CHRONIK	
19. November 2019 – 2. Dezember 2019	12

Die polnischen Migranten in Großbritannien im Kontext des Brexit

Michał P. Garapich, University of Roehampton, London

Zusammenfassung

Die Entscheidung der britischen Bevölkerung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union in einem Referendum am 23. Juni 2016 (52 Prozent Ja-Stimmen, 48 Prozent Nein-Stimmen) wurde zu einer der größten politischen Herausforderungen der letzten Jahrzehnte für das Land – manche behaupten sogar seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Kompliziertheit dieser Aufgabe, sowohl der Austrittsbedingungen als auch der Festlegung neuer Regeln für die künftige Zusammenarbeit mit der EU, verschlang auf jeder Seite eine gigantische Menge an Energie, Geld und politischem Atem, und die vorliegende Analyse ist nicht der Versuch, dieses zu rekapitulieren. Vielmehr ist ihr Hauptziel, die polnische Migration und die Situation dieser Minderheit in den Kontext der Ursachen einzuordnen, die zum Brexit geführt haben, und ihre gegenwärtige politisch-rechtliche Situation sowie Zukunftsperspektiven darzustellen. Allerdings lehrt die Erfahrung mit der »Brexit-Story«, dass man mit Zukunftsprognosen vorsichtig sein muss. Die vorgezogenen Wahlen zum britischen Unterhaus am 12. Dezember 2019 stellen viele Aufgaben im Zusammenhang mit dem Brexit (zum wiederholten Male) unter ein Fragezeichen und die zukünftige Zusammensetzung des Parlaments kann weitere Überraschungen nach sich ziehen.

Wessen Schuld?

In der Geschichte der polnischen Migrationsbewegungen ist der 1. Mai 2004 ein außergewöhnliches Datum. An diesem Tag erhielten die polnischen Bürger das Recht, sich in jedem Mitgliedsland der Europäischen Union frei zu bewegen und niederzulassen (Personenfreizügigkeit). In der Mehrheit der EU-Mitgliedsländer war der Zugang zum Arbeitsmarkt durch Übergangsregelungen beschränkt, allein drei Länder – Großbritannien, Irland und Schweden – verzichteten von Anfang an darauf (Arbeitnehmerfreizügigkeit). Diese Entscheidung hatte wesentliche Folgen. Die Migrationsbewegungen nach dem EU-Beitritt sind nicht nur hinsichtlich ihrer Dynamik und ihres Ausmaßes beispiellos, sondern auch, weil sie die traditionelle polnischen Migrationspfade veränderten. Zuvor, seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, waren die Zielländer vor allem Deutschland und die Vereinigten Staaten gewesen. Seit dem Jahr 2004 hat sich allerdings Großbritannien auf den ersten Platz geschoben. Aktuell leben dort nach Angaben der britischen Statistikbehörde zirka eine Million polnischer Staatsbürger. Das heißt, über 25 Prozent der EU-Bürger, die sich im Vereinigten Königreich niedergelassen haben (Schätzungen zufolge sind dies 3,5 Millionen, aber vermutlich ist das noch zu niedrig veranschlagt), sind polnische Staatsbürger. Die Entscheidung über den Austritt aus der Europäischen Union hat für diese Gruppe eine besondere Bedeutung, da die Mehrheit von ihnen unmittelbare Nutznießer grundlegender Freiheiten der EU ist – der Personen- und der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Die Aufhebung der institutionell-rechtlichen Barrieren für Mobilität und Beschäftigung im Jahr 2004 hatte entscheidende Bedeutung für die Anzahl sowie den Typ der Migranten. Nach den Migrationsforschern

Marek Okólski von der Forschungsstelle Migrationen an der Universität Warschau (*Ośrodek Badań nad Migracjami przy Uniwersytecie Warszawskim*) und John Salt vom *University College London (UCL)* zeigen die Statistiken, dass die Migranten aus Polen nach Großbritannien im Vergleich zu den vorangegangenen Migrationswellen (und auch zu den Migranten nach Deutschland) im Allgemeinen besser ausgebildet sind als die Gesamtheit der dort lebenden polnischen Bevölkerung. Dies zeigt die Mobilität der Spezialisten und der in Polen ausgebildeten Klasse; sie suchen nicht nur eine bessere Entlohnung, sondern erweiterte Karrieremöglichkeiten, was beispielsweise eine besondere Bedeutung in Berufen am Finanzmarkt, der Londoner City, hat. Erinnert sei auch daran, dass Großbritannien in den Jahren 2004 bis 2008 eine Zeit der intensiven Entwicklung und des wirtschaftlichen Wachstums bei chronischem Mangel an Arbeitskräften erlebte, insbesondere im Gesundheitswesen, im Bildungswesen, im Hotelgewerbe, in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie. Der die polnischen Migranten anziehende Faktor war also auch die außergewöhnliche Konjunktur am britischen Markt. Wichtig war für die polnische Migrationslandkarte, dass der größte Mangel an Arbeitskräften außerhalb Londons und des südöstlichen Teils von England bestand. Eine der besonderen Eigenschaften dieser Migration ist also ihre dezentrale Ansiedlung außerhalb der Großstädte. So wie sich die Migranten aus den ehemaligen britischen Kolonien in den großen Städten konzentrierten, ergossen sich die Polen buchstäblich über das ganze Land und ließen sich in Orten nieder, wo sie manchmal die einzigen Immigranten waren. Dies hatte besondere wirtschaftliche und politische Folgen. Viele dieser Regionen, insbesondere in Nord- und Ostengland, kämpfen seit der Zeit

der Reformen der früheren Premierministerin Margaret Thatcher mit deutlicher Abwanderung, Arbeitslosigkeit und einem Mangel an Investitionen sowie der Dominanz von Arbeitsplätzen im Niedriglohnsektor. Die polnischen und auch anderen Immigranten aus den EU-Beitrittsländern konnten hier ziemlich reibungslos eine Nische besetzen, indem sie Arbeiten aufnahmen, die die Briten nicht wollten, insbesondere in der Lebensmittel verarbeitenden Industrie oder in der Landwirtschaft oder aber indem sie eigene Firmen gründeten, vor allem im Bau- und Transportgewerbe. Dies bedeutete, dass sie teilweise Arbeiten unter ihrer Qualifikation ausübten, womit sich die polnischen Migranten auf unterschiedliche Weise arrangierten, sei es, dass sie rasch beruflich aufstiegen, oder dass sie die Strategie der »Pendlermigration« wählten, bei der weniger das berufliche Vorwärtskommen als die Flexibilität des Arbeitsverhältnisses von Bedeutung ist.

In Anbetracht dessen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit einer der Hauptangriffspunkte der britischen euroskeptischen Politiker und Medien war, ist die Frage nicht unbegründet, inwiefern die polnischen Migranten einen Anteil am Ausgang des Referendums im Jahr 2016 hatten. Diese Frage stellten Journalisten gleich nach der Abstimmung, insbesondere im Zusammenhang mit physischen Übergriffen auf polnische Bürger oder polnische sozial-kulturelle Einrichtungen. Verknüpft man den Aspekt der dezentral niedergelassenen polnischen Migranten im Vereinigten Königreich mit den pro Brexit-Stimmen im Referendum, ließe sich vermuten, dass die Anwesenheit der polnischen und anderen Immigranten aus den EU-Beitrittsländern das Zünglein an der Waage gewesen sei. Gegen diese Schlussfolgerung sprechen allerdings die Daten aus den Regionen mit dem größten Anteil an Einwohnern aus Polen, das sind London, Nordirland und Schottland, wo das Referendum proeuropäisch ausging. Das Problem liegt hier eher darin, eine Monokausalität für komplexe gesellschaftliche Prozesse zu suchen. So hatte das Ergebnis des Referendums nicht nur eine einzige Ursache, sondern es handelte sich um eine Anhäufung vieler historischer, politischer und wirtschaftlicher Faktoren sowie auch – was unterschätzt wurde – kultureller Determinanten, die wiederum mit der wachsenden Bedeutung des Populismus und der »Würde«-Rhetorik in postimperialen Gesellschaften verknüpft sind. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Anwesenheit der polnischen Migranten, die Allgegenwart der Lebensmittelgeschäfte mit polnischer Wurst und polnischen Piroggen, die Präsenz der polnischen Busfahrer und Bankangestellten sowie die allgemeine Wahrnehmung der Polen als tüchtig, kreativ und effektiv den Neid der Briten hervorriefen, da jene zum Gesicht der Europäisierung und Globali-

sierung in der verarmenden britischen Provinz geworden waren. Obgleich den polnischen Migranten realistischere Weise nicht die Verantwortung für das Ergebnis des Referendums gegeben werden kann, wurden sie in der Wahrnehmung vieler Engländer häufig zum Symbol von Veränderungen, denen sich die Brexit-Befürworter entgegen stellen wollten. Natürlich ging es dabei nicht um den konkreten »polnischen Migranten«, sondern eher um die allgemeine Figur des »Migranten aus Ostmitteleuropa«, wobei in diesem Diskurs besonders die Sinti und Roma stigmatisiert wurden.

Kehren sie zurück oder bleiben sie?

Gleich nach dem Referendum lebte sowohl in Polen als auch in Großbritannien die Diskussion über Migrationsstrategien in der neuen politischen Situation auf. In Polen stellte sich die Erwartung einer massenhaften Rückkehrbewegung ein. Auf der Insel wiederum trat die Angst vor einem Abfluss der Arbeitskraft sowie auch vor den Folgen der wachsenden fremdenfeindlichen Stimmung und der Legitimierung des öffentlichen Anti-Einwandererdiskurses für die interethnischen Beziehungen auf. Was ersteren Aspekt anbelangt, so kam es nicht zur massenhaften Rückkehr nach Polen. Dennoch gingen die Ausreisen aus Polen zurück, was aber auch bereits vor dem Jahr 2016 der Fall war und im Zusammenhang mit der im Jahr 2008 beginnenden Krise einsetzte. Insgesamt wurde diese Entwicklung auch von der immer besseren Konjunktur am polnischen Arbeitsmarkt unterstützt.

Natürlich werden in soziologischen Untersuchungen die Gruppe der rückkehrenden Migranten analysiert, es ist allerdings nicht möglich, eindeutig zu bestimmen, ob hinter der Rückkehrentscheidung der Brexit steht. Es gibt eine ganze Reihe von soziologischen Untersuchungen, die sich mit der Befindlichkeit der polnischen Migranten und ihrer Wahrnehmung der Situation nach dem Referendum befassen. Beispielsweise untersucht Ewa Duda-Mikulin von der Universität Bradford, wie Frauen mit der infolge des Referendums ungewissen und prekären Situation zurechtkommen, und konzentriert sich Sara Young vom *University College London* auf polnische Jugendliche, die sich in alltäglichen Interaktionen mit Gleichaltrigen bemühen, die diskursive Aggression mit rassistischem Untertext in der Schule abzuwehren und zu kontern. Łukasz Szulc von der Universität Sheffield zeigt, wie sich die polnische LGBTQ-Community bemüht, sich in die neue Situation einzufinden – trotz zunehmender, gegen Immigranten gerichteter Vorfälle – und dass deren Mehrheit dauerhaft in Großbritannien bleiben will. Obwohl manche Wissenschaftler eine allgemeine Verbitterung und Enttäuschung infolge der Referendumsentscheidung hervorheben, sehen die

polnischen Migranten in der Mehrzahl keine Gründe, den Brexit als radikalen Einschnitt in ihrem Leben zu behandeln.

Davon abgesehen, lässt sich nicht nur eine Richtung feststellen, die polnische Emigranten in Großbritannien infolge des Brexit einschlagen. Außer nach Polen gehen sie in Länder mit einer guten Konjunktur (insbesondere die Pendlermigranten), das sind Länder wie Deutschland, die Niederlande oder Skandinavien, wo die Bau- und Renovierungsinvestitionen gute Chancen eröffnen und schnelle Einkünfte versprechen.

Im Allgemeinen sind die polnischen Immigranten proeuropäisch eingestellt, und Untersuchungen zeigen, dass auch ein großer Teil der Briten, ähnlich wie die anderen EU-Bürger, die Brexit-Entscheidung als Fehler betrachten. Das bedeutet nicht, dass es unter den polnischen Migranten nicht auch Menschen gegenteiliger Meinung gibt, die im Zuge des Brexit zur politisch rechten Seite tendieren. Dieses Phänomen arbeiteten die Wissenschaftler der Universität Bristol Jon Fox und Magdalena Mogilnicka heraus und schrieben über »Integration mit Hilfe von Rassismus« und »pathologische Integration«, die stattfindet, wenn in einer Situation der Bedrohung für das Zugehörigkeitsgefühl – hier infolge des Brexit – polnische und auch andere Immigranten aus EU-Beitrittsländern einen rassistischen Diskurs entwickeln, um sich gesellschaftlich den weißen Engländer anzunähern und mit Hilfe einer rassistischen und fremdenfeindlichen Haltung ihre Zugehörigkeit zur lokalen (selbstverständlich weißen) britischen Gesellschaft zu demonstrieren, wodurch sie sich von anderen Immigranten, sehr häufig mit anderer Hautfarbe, abgrenzen. Das *Centre for Analysis of the Radical Right* beobachtete, dass in den letzten Jahren extrem rechte Gruppierungen unter den polnischen Immigranten in Erscheinung getreten sowie auch formalisierte Verbindungen zwischen rechtsextremen Organisationen in England und in Polen entstanden sind (nach Darstellung der *BBC* vom polnischen Außenministerium still geduldet). Dies scheint darauf hinzuweisen, dass der Brexit zu einer gewissen Radikalisierung und Polarisierung der Einstellungen führen kann. Meine eigenen Untersuchungen der polnischen ethnischen Vereinskultur und des nationalistischen Potentials in der polnischen Diaspora haben ergeben, dass es nicht verwunderlich ist, dass polnische rechtsextreme Organisationen wie das National-Radikale Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny – ONR*) oder die Nationale Wiedergeburt Polens (*Narodowe Odrodzenie Polski – NOP*) Brückenköpfe in Großbritannien finden. In dem nationalistischen Milieu können polnische Migranten, denen es schwer fällt, sich in einer multikulturellen Gesellschaft zurechtzufinden, das Gefühl von Zugehörigkeit erfahren, wobei

festzuhalten ist, dass dies für die deutliche Minderheit der Migranten gilt.

Ein anderes, doch verwandtes wichtiges Problem ist die Frage der politischen Beziehungen zwischen Warschau und London und einer EU ohne Großbritannien. Bereits in den verschiedenen Verhandlungsphasen waren im rechten politischen Spektrum beider Staaten Stimmen zu hören, dass es notwendig sei, engere Beziehungen zu knüpfen und sich der Berliner und Pariser Dominanz entgegen zu stellen. Ähnliche Stimmen tauchten insbesondere bei den Verhandlungskrisen auf, als *Tory*-Politiker des rechten Flügels sich für einen *no deal brexit* einsetzten und an die polnische Regierung appellierten, ein Veto gegen die Entscheidung der Europäischen Kommission für eine Terminverschiebung des Austritts einzulegen. Dies waren extreme Stimmen ohne größeres Echo, sie zeigen allerdings, dass es einen bestimmten Kommunikationskanal zwischen den polnischen und den britischen Euroskeptikern gibt. Für die Zukunft lässt sich die Intensivierung dieser Kommunikation erwarten, was auf der einen Seite mit der »europahoben« Rhetorik der aktuellen polnischen Regierung zu tun hat und auf der anderen Seite mit der banalen Tatsache, dass die britischen Populisten wie die Luft zum Atmen den Feind in Gestalt der Europäischen Union brauchen, unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU ist oder nicht.

Dieses Problem ist umso wichtiger, als die Anwesenheit von zirka einer Million polnischer Bürger in Großbritannien die polnischen Euroskeptiker in eine widersprüchliche Haltung manövriert. Einerseits geben diese der EU die Verantwortung für den Verlust der Identität, andererseits lässt sich nicht verneinen, dass dieselbe EU politische und persönliche Freiheiten gewährt, die die Polen früher nicht genossen hatten und dank derer sie nun in ganz EU-Europa ihre beruflichen Träume verwirklichen, ihre Familie unterhalten oder auch an jeder Hochschule studieren können. Jedoch handelt es sich hier nicht um die Wählerschaft des rechten politischen Spektrums, wie die Wahlen zum polnischen Parlament im Oktober 2019 gezeigt haben. Die Mehrheit der polnischen Wähler in Großbritannien unterstützte die Oppositionsparteien in Polen. Vermutlich ist deshalb das Interesse an ihnen sporadisch, das die in Warschau regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) ihnen gegenüber zeigt. Die polnische Regierung reagierte mit Hilfe der konsularischen Dienste zwar deutlich auf die Angriffe auf Polen, wenn sie einen rassistischen Hintergrund hatten, insbesondere kurz nach dem Referendum im Jahr 2016. Dennoch weisen Kritiker darauf hin, dass der Regierung eine kohärente Sozialpolitik gegenüber den Migranten fehlt, insbesondere gegenüber denen, die vom Abglei-

ten in die illegale Migration infolge der neuen rechtlichen Regeln bedroht sind.

Das Regelwerk für die Migranten

Die Angelegenheit, die die britischen Verhandlungsführer und ihre Partner auf Seiten der EU sowie gleichzeitig Millionen Menschen beschäftigt, ist der Status der Immigranten aus der EU in Großbritannien nach dem Brexit. Ihre rechtliche Situation nach dem Austritt aus der Europäischen Union (der nach aktuellem Stand am 31. Januar 2020 stattfinden soll) ist einer der vielen Bereiche, die sich ändern werden. Von Beginn der Austrittsverhandlungen an stand dieses Thema auf der Prioritätenliste Londons und der Europäischen Kommission ganz oben. Dabei ging es um die schnelle Garantie für Millionen Menschen – sowohl EU-Bürger in Großbritannien als auch Briten, die in EU-Staaten leben –, dass ihnen ihr Aufenthaltsrecht nicht genommen wird. Von beiden Seiten kamen daher beruhigende Erklärungen, die versicherten, dass alle Rechte respektiert werden würden.

Dessen ungeachtet war die Hauptherausforderung für die britische Politik, die sich auf den EU-Austritt vorbereitet, die Arbeitnehmerfreizügigkeit zu einem festen Zeitpunkt zu beenden (was eines der zentralen Versprechen der Brexitbefürworter sowohl der *Tories* als auch der *Labour* Partei war). Das bedeutet, dass ein Termin gesetzt wird, bis wann der Rechtserwerb für EU-Migranten noch möglich ist. Eine logische Lösung war, ein Verzeichnis der dauerhaft in Großbritannien lebenden EU-Bürger anzulegen, was sich jedoch als beispiellose Herausforderung erwies in einem Land, das kein Melderegister hat, so dass letztlich nicht klar ist, von wie vielen Betroffenen hier die Rede ist. Das im März 2019 eingeführte *European Settlement Scheme* ist ein System zur Registrierung der EU-Bürger, die ihren Aufenthaltsstatus bestätigen wollen und damit einhergehend ihren Anspruch auf soziale und bürgerliche Rechte auch nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU.

Das System ist recht einfach mit Hilfe des Internet oder des Mobiltelefons zu handhaben und bis zum Oktober 2019 haben es zwei Millionen Personen genutzt, um ihr Aufenthaltsrecht zu bestätigen, darunter 370.000 polnische Staatsbürger. Wie jedes andere Immigrantregister hat aber auch das *European Settlement Scheme* seine Nachteile. So ist es, abhängig vom Bildungsgrad, der Vertrautheit mit Technologien, der sprachlichen Kompetenz, mehr oder weniger zugänglich. Erfahrungen mit der Registrierung ähnlicher Gruppen zeigen, dass aus dem Rahmen der formalen Kategorien diejenigen herausfallen, die ärmer sind, geringere Kompetenzen haben und in verschiedener Hinsicht ausgeschlossen sind. Jedes System zur Formalisierung des Aufenthalts-

rechts von Immigranten produziert als Nebeneffekt auch Immigranten mit ungeregeltem Status, was auch in der konkreten Situation in Großbritannien der Fall sein wird. Darauf weisen besonders Organisationen zum Schutz der Rechte von Minderheiten oder zum Schutz von armutsgefährdeten Menschen hin. Beispielsweise warnt die Unterstützerguppe für Roma (*Roma Support Group*) in London seit langem davor, dass der Brexit die Minderheit der Roma aufgrund ihrer geringen Rechts- und Sprachkenntnisse sowie ihrer Befürchtungen, vom Staat diskriminiert zu werden, unverhältnismäßig treffen wird. Ähnlich vertreten Organisationen, die sich um Obdachlose kümmern, den Standpunkt, dass das neue Regelwerk eine ganze Klasse von rechtlich und institutionell »unsichtbaren« Menschen produziert.

Nachteilig für den britischen Staat wirkt sich bei diesem Thema der sogenannte *Windrush* Skandal aus, der im Jahr 2016 bei der Bekämpfung von Verstößen gegen Immigrationsvorschriften unter der Federführung der damaligen Innenministerin Theresa May ausbrach. Im Rahmen dieser Politik wurden Schulen, Institutionen des Gesundheitsdienstes, Universitäten, Arbeitgeber und Akteure im Immobiliensektor verpflichtet, den Immigrationsstatus ihres Klienten zu prüfen, was zu einer großen Anzahl von Menschenrechtsverletzungen führte, über die die Medien berichteten. Am häufigsten betraf dies Menschen der sogenannten *Windrush*-Generation, die in den 1950er und 60er Jahren aus der Karibik nach Großbritannien gekommen waren. Eine Folge dieser neuen Politik war die sich -zigfach wiederholende Situation, dass Personen, die seit 50 oder mehr Jahren in Großbritannien leben, aufgefordert wurden, das Land zu verlassen. Kritiker des Registrierungssystems für EU-Bürger befürchten, dass Ähnliches den EU-Bürgern widerfahren kann.

Im Rahmen der Politik von Ministerin May wurden auch europäische Bürger ausgewiesen, darunter ab zirka 2013 auch Polen. Um die Anzahl der Ausgewiesenen zu erhöhen, nahmen die britischen Immigrationsbehörden Obdachlose ins Visier, die in geschlossenen Einrichtungen untergebracht wurden. Laut wurde es um dieses Vorgehen nach dem Selbstmord des polnischen Bürgers Marcin Gwoździński, der in eine solche Einrichtung allein deshalb verbracht wurde, weil er in einem Londoner Park im Zelt übernachtet hatte. Die Praxis, obdachlose EU-Bürger auszuweisen, wurde von der Menschenrechtsorganisation *North East London Migrant Action* vor Gericht gebracht, und im Dezember 2017 beurteilte sie das britische Gericht als nicht rechtskonform. Theoretisch stellten die britischen Behörden diese Politik ein, in der Praxis kommt es aber immer noch zu Ausweisungen von EU-Bürgern, insbesondere von Obdachlosen.

Diese Praktik ist ein Hinweis auf mögliche Vorgehensweisen der britischen Behörden nach dem EU-Austritt, insbesondere nach Ablauf der Frist zur verpflichtenden Registrierung im *European Settlement Scheme*, die aktuell Ende 2020 enden soll. Vorstellbar wird auch, wie der Brexit auf die Heterogenität der polnischen Gesellschaft Einfluss nehmen wird. In Anbetracht dessen, dass Großbritannien ein attraktives Migrationsziel zu bleiben scheint, kann die formale Abschottung des Arbeitsmarktes zur Entstehung einer Grauzone, eines informellen Arbeitsmarktes, führen. Ein solcher bestand viele Jahre vor dem Beitritt Polens zur EU, und es gibt keinen Grund, weshalb er nicht wieder entstehen sollte. Die Folge ist, dass es nicht nur eine starke Ausdifferenzierung der polnischen Community hinsichtlich der sozialen Herkunft, des Wohnortes, des gesellschaftlichen Status und der Dauer des Aufenthaltes geben wird, sondern auch in Bezug auf seine Legalität. Das Bestehen eines »Migrantenuntergrundes« im Rahmen einer ethnischen Gruppe wird begünstigen, dass mit Hilfe organisierter Kriminalität vielerlei Missstände, zum Beispiel moderne Sklaverei, Menschenhandel, Schmuggel usw., auftreten. Eine andere Voraussetzung, die für die Entstehung eines

solchen polnischen Migrantenuntergrundes im Kontext des Brexit spricht, ist die Tatsache, dass die neuen Migrationsvorschriften, die die britische Regierung einzuführen beabsichtigt, hochklassige Spezialisten bevorzugen werden, auf Kosten mittlerer und gering qualifizierter körperlich Arbeitender. Die neuen Vorschriften werden auch nicht erlauben, die unter den polnischen Migranten so verbreitete Pendlermigration zu leben, da die Kosten im Zusammenhang mit den Grenzüberschreitungen, die formalen Anforderungen, das Risiko, ausgewiesen zu werden, und das Risiko, in die Migration getätigte Investitionen zu verlieren, steigen werden. Vor die Wahl gestellt, zu gehen oder zu bleiben, werden sich die Immigranten vor allem für Letzteres entscheiden und es wird sich die Reihe der Migranten mit unregelmäßigem Aufenthaltsstatus vergrößern. Nicht zuletzt lehren die Erfahrungen mit dem Migrationssystem zwischen den USA und Mexiko, dass eine restriktive Migrationspolitik die Anzahl der Immigranten mit unregelmäßigem Aufenthaltsstatus erhöht, während eine Liberalisierung der Vorschriften diese Zahl reduziert.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Dr. Michał P. Garapich, Anthropologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Roehampton (London) und kooperiert mit der Forschungsstelle Migrationen an der Universität Warschau (Ośrodek Badań nad Migracjami przy Uniwersytecie Warszawskim). Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration, multikulturelle Gesellschaften, Obdachlosigkeit und gesellschaftlicher Widerstand. Feldforschung betrieb er u. a. bei polnischen Migranten in Großbritannien und polnischen Roma. U. a. erschien von ihm: *London's Polish Borders: Transnationalizing Class and Ethnicity among Polish Migrants in London* (Ibidem: 2016)

DOKUMENTATION

Exposé des Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki vor dem Sejm am 19. November 2019

[Auszüge]

[...]

Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds zogen in den Jahren 1990 bis 2016 fast 20 Millionen Menschen aus Ostmitteleuropa in die reichen, europäischen, westlichen Länder. Dieser Trend beschleunigte sich nach dem Beitritt unserer Länder zur Union. Nach Meinung des Fonds bewirkte dieser Wechsel, dass den Ländern Ostmitteleuropas, darunter Polen, Einnahmen verloren gingen. Unser pro-Kopf-Einkommen ist mindestens fünf Prozent niedriger infolge dieser Migration. Das ist ein großer Tribut, den Polen den reichen Ländern des Westens gezahlt hat. Ein solcher Tribut der Armen an die Reichen ist nicht normal. Ein Staat mit hohen Standards muss dies beenden. (Beifall) Aber das Jahr 2018 war das erste Jahr, in dem die Anzahl der Landsleute in der Emigration deutlich zurückging. Nach Polen kehrten zirka 100.000 Menschen zurück. (Beifall)
(Stimme aus dem Saal: Bravo!)

Die Polen packen endlich ihre Koffer aus, anstatt sie zu packen.

Hohes Haus! Ich möchte, dass in der kommenden Regierungsperiode eine große Demographiestrategie entwickelt wird und in Kraft tritt. Wir können in 20 Jahren eine deutlich größere Nation sein.

(Abgeordneter Jan Rutnicki: Genau.)

Die Demographiestrategie und die Strategie der großen Rückkehr, der Rückkehr der Polen ins Vaterland. Aller Polen. Der dramatisch geprüften in früheren Generationen, derjenigen aus dem Osten und derjenigen aus dem Westen. Sie bereichern Polen.

[...]

Zum Schluss einige Sätze über den Stolz auf die Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft und auf die polnische Kultur. Generationen von Polen wurden im Geiste des »Leuchtturmwärters« [poln. *Latarnik*, d. Übers.] von [Henryk, d. Übers.] Sienkiewicz erzogen, der Novelle über das bittere Los des Emigranten und die Liebe zum Vaterland. Der ständige Blutverlust, Migrationswellen, eine nach der anderen, das ist Polens Drama. Heutzutage kehren die Polen wieder ins Vaterland zurück. Heute endlich kann Polen für Generationen von Emigranten Zukunft und Hoffnung sein, ein Ort der Rückkehr. (Beifall)

(Abgeordneter Dominik Tarczyński: Stolz.)

Und wie sieht man Polen heute von außen? Wir könnten das jeden der 20 Millionen Touristen fragen, die Polen dieses Jahr besuchen. Das ist ein Rekord, der bezeugt, welche Anziehungskraft unser Vaterland hat. Sie nehmen das wahr, was wir allzu oft vergessen. Polen ist ein schönes, interessantes, kulturell reiches Land. Ein Land, auf das wir stolz sein können. Wir wollen auch unsere Landsleute aus der ganzen Welt anziehen. Mit diesem Ziel entstehen Sommerschulen für die Kinder und Jugendlichen der Auslandspolen, damit die kommenden Generationen der Polen, die im Ausland geboren wurden, auf die Frage, wo Polen liege, nicht nur die Stelle auf der Landkarte zeigen können, sondern damit Polen auch in ihren Herzen liegt und in ihren Plänen. (Beifall)

(Abgeordneter Dominik Tarczyński: Bravo.)

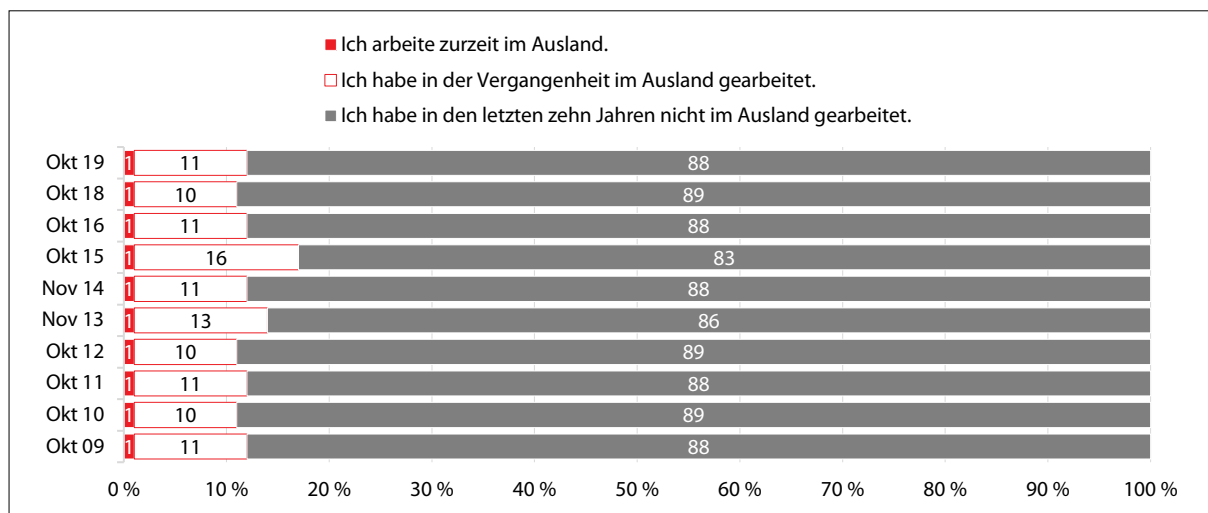
[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Sejm Rzeczypospolitej Polskiej Kadencja IX [Sejm der Republik Polen IX. Wahlperiode]: Sprawozdanie Stenograficzne z 1. posiedzenia Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej w dniu 19 listopada 2019 r. (trzeci dzień obrad). Przedstawienie przez prezesa Rady Ministrów programu działania Rady Ministrów z wnioskiem o udzielenie jej wotum zaufania [Stenografisches Protokoll der 1. Sitzung des Sejm der Republik Polen am 19. November 2019 (Dritter Sitzungstag). Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des Ministerrates durch den Präses des Ministerrates mit dem Antrag auf Erteilung des Vertrauensvotums]. Warszawa 2019. http://orka2.sejm.gov.pl/StenoInter9.nsf/0/65E0AEB97E76894EC12584B800149932/%24File/01_c_ksiazka.pdf (abgerufen am 28.11.2019).

Aussagen der polnischen Bevölkerung zur Tätigkeit im Ausland

Grafik 1: Arbeiten im Ausland (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 140/2019: Wyjazdy Polaków do pracy za granicę [Fahrten der Polen zur Arbeit im Ausland]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

Tabelle 1: Länder der Arbeitsaufenthalte im Ausland (%) (Antworten derer, die zurzeit oder in den letzten zehn Jahren im Ausland gearbeitet haben)

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2018	2019
Deutschland	46	48	44	39	43	36	36	45	40	41	36	43
Großbritannien	15	18	16	22	25	21	21	26	25	23	31	23
Niederlande	8	7	8	9	13	12	9	10	13	20	14	15
Belgien	4	2	2	3	2	2	9	9	2	6	6	10
Frankreich	5	0	8	3	5	6	6	7	3	2	5	7
Irland	5	3	5	3	4	3	2	5	3	6	4	5
Dänemark	2	1	2	1	1	2	2	3	2	3	1	5
Österreich	4	3	5	2	1	2	4	3	1	3	4	4
Norwegen	3	7	3	1	4	8	3	3	4	3	4	4
Tschechien	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	5	3
Italien	8	10	8	11	8	7	6	4	6	5	2	3
Schweiz	1	2	2	0	1	2	1	0	1	1	-	3
Spanien	3	1	6	7	2	3	3	2	4	2	5	2
USA	6	6	6	4	5	8	5	1	4	5	2	1
anderer Staat	15	15	13	19	10	18	9	12	10	8	9	9

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 140/2019: Wyjazdy Polaków do pracy za granicę [Fahrten der Polen zur Arbeit im Ausland]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

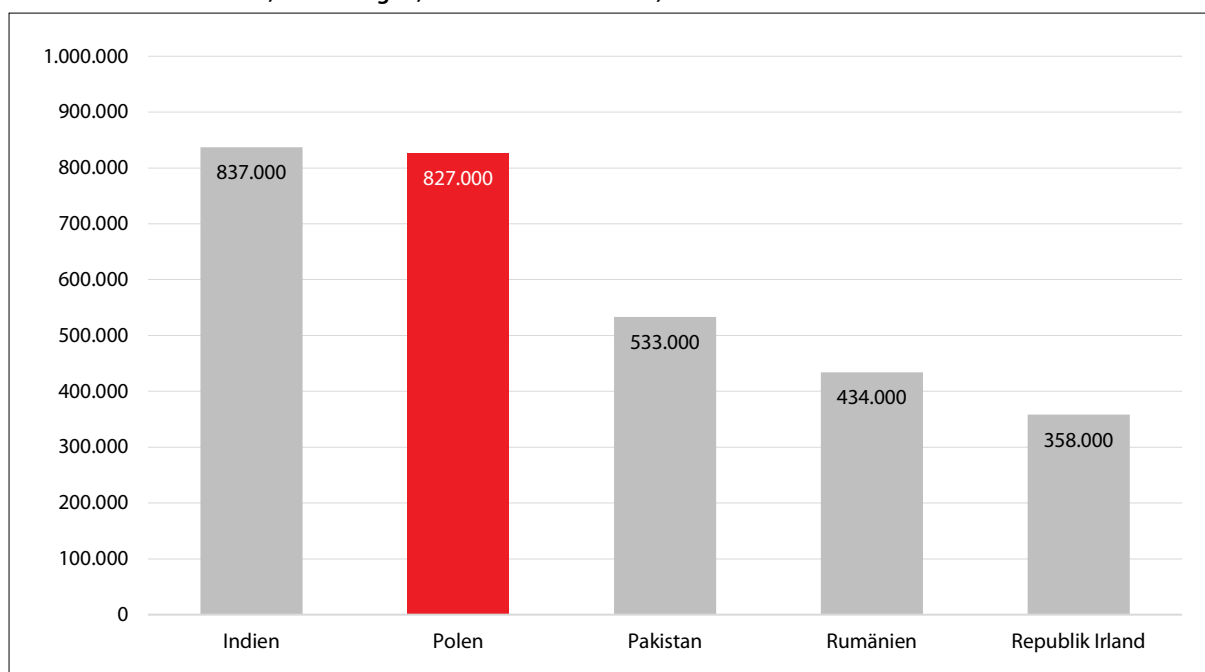
Tabelle 2: Haben Sie zurzeit Interesse, eine Arbeit im Ausland aufzunehmen? (%)

	Befragte bis zum Alter von 30 Jahren	Befragte, die älter als 30 Jahre sind
Ja, ich habe Interesse und bemühe mich zurzeit um eine Arbeit im Ausland.	1	0
Ja, ich habe Interesse und habe vor, mich in der Zukunft um eine Arbeit im Ausland zu bemühen.	11	3
Ja, ich hätte Interesse, eine Arbeit im Ausland aufzunehmen, wenn ich ein Angebot bekäme, aber ich selbst habe nicht die Absicht, mich darum zu bemühen.	15	4
Nein, ich habe kein Interesse, eine Arbeit im Ausland aufzunehmen.	67	92
Ich arbeite zurzeit im Ausland.	3	0
Schwer zu sagen.	3	0

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr 140/2019: Wjazdy Polaków do pracy za granicę [Fahrten der Polen zur Arbeit im Ausland]. Warszawa 11/2019. www.cbos.pl

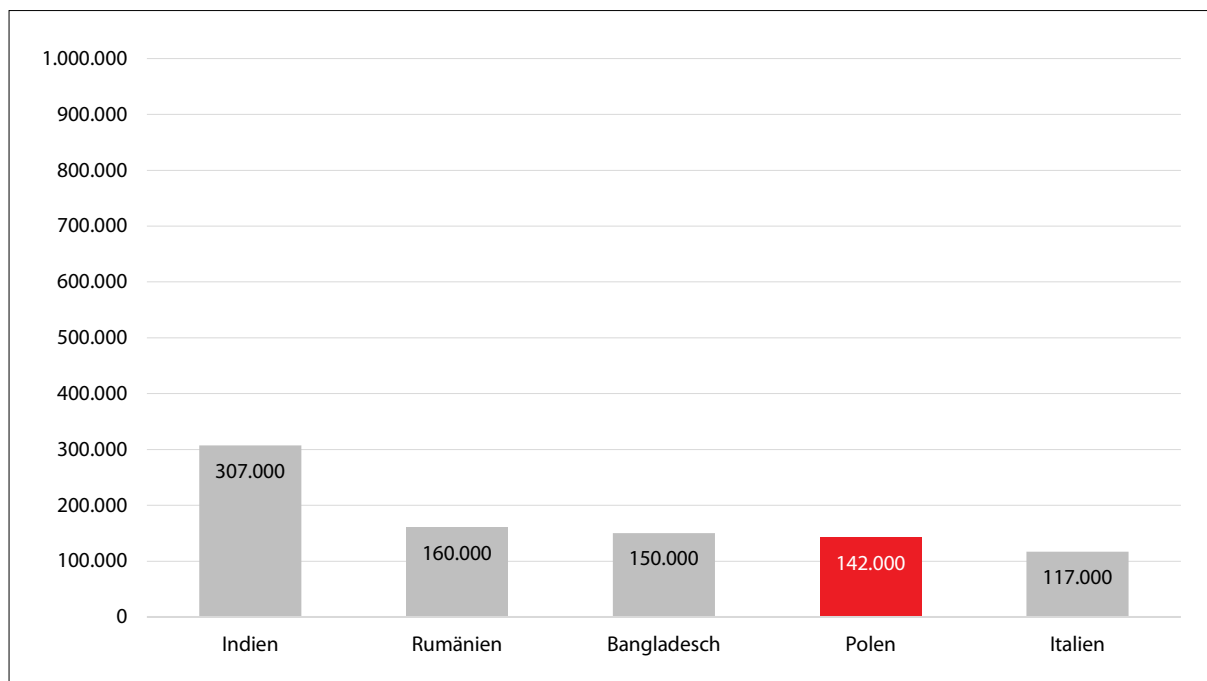
Statistik – Polen in Großbritannien

Grafik 1: Die fünf zahlenstärksten Bevölkerungsgruppen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, die nicht im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland geboren wurden (nach Geburtsland, Schätzungen, Juli 2018 bis Juni 2019)



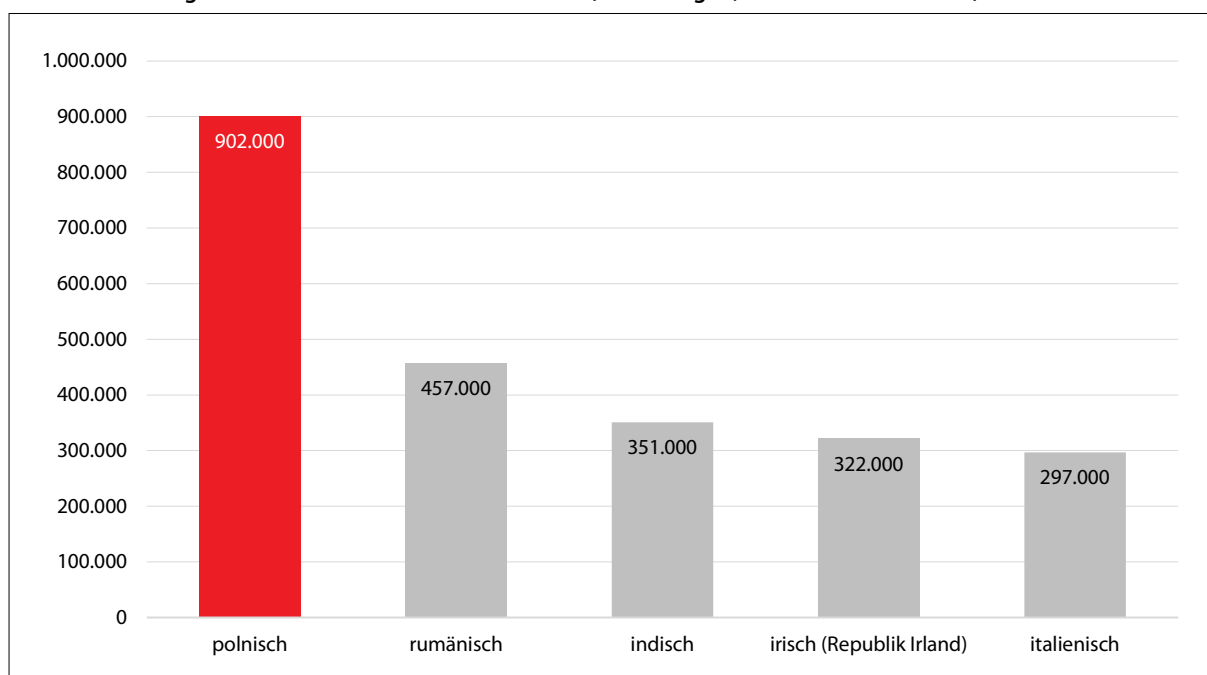
Quelle: Office for National Statistics. <https://www.ons.gov.uk/file?uri=%2fpeoplepopulationandcommunity%2fpopulationandmigration%2finternationalmigration%2fdatasets%2fpopulationoftheunitedkingdombycountryofbirthandnationality%2fjuly2018tojune2019/populationbycountryofbirthandnationalityjul18tojune19.xls> (abgerufen am 2.12.2019).

Grafik 2: Die fünf zahlenstärksten Bevölkerungsgruppen in Groß-London, die nicht im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland geboren wurden (nach Geburtsland, Schätzungen, Juli 2018 bis Juni 2019)



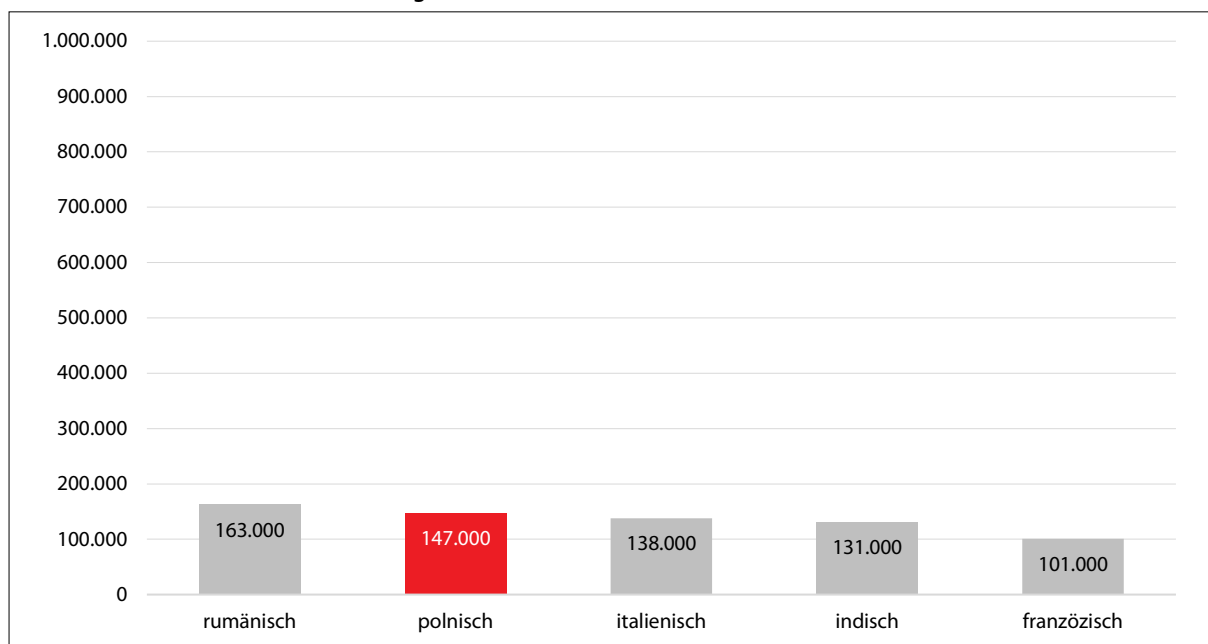
Quelle: Office for National Statistics. <https://www.ons.gov.uk/file?uri=%2fpeoplepopulationandcommunity%2fpopulationandmigration%2finternationalmigration%2fdatasets%2fpopulationoftheunitedkingdombycountryofbirthandnationality%2fjuly2018tojune2019/populationbycountryofbirthandnationalityjul18tojun19.xls> (abgerufen am 2.12.2019).

Grafik 3: Die Staatsangehörigkeit der fünf zahlenstärksten nicht-britischen Bevölkerungsgruppen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Schätzungen, Juli 2018 bis Juni 2019)



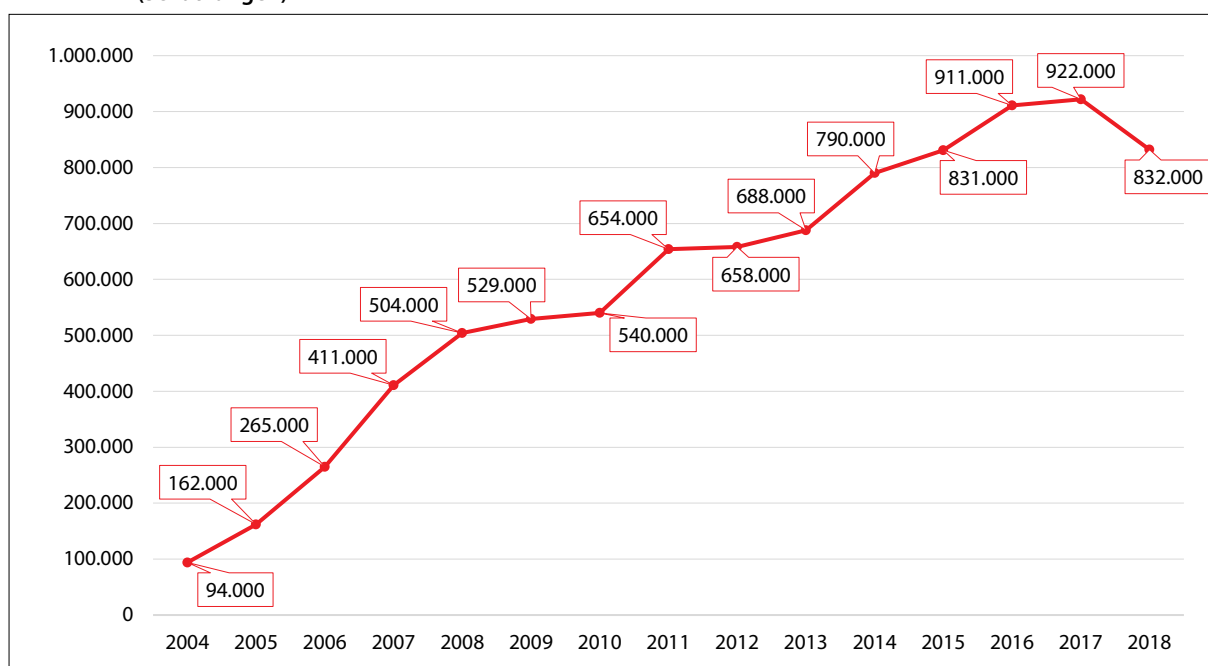
Quelle: Office for National Statistics. <https://www.ons.gov.uk/file?uri=%2fpeoplepopulationandcommunity%2fpopulationandmigration%2finternationalmigration%2fdatasets%2fpopulationoftheunitedkingdombycountryofbirthandnationality%2fjuly2018tojune2019/populationbycountryofbirthandnationalityjul18tojun19.xls> (abgerufen am 2.12.2019).

Grafik 4: Die Staatsangehörigkeit der fünf zahlenstärksten nicht-britischen Bevölkerungsgruppen in Groß-London (Schätzungen, Juli 2018 bis Juni 2019)



Quelle: Office for National Statistics. <https://www.ons.gov.uk/file?uri=%2fpeoplepopulationandcommunity%2fpopulationandmigration%2finternationalmigration%2fdatasets%2fpopulationoftheunitedkingdombycountryofbirthandnationality%2fjuly2018tojune2019/populationbycountryofbirthandnationalityjul18tojun19.xls> (abgerufen am 2.12.2019).

Grafik 5: Die Anzahl der in Polen geborenen Polen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (Schätzungen)



Quelle: Office for National Statistics. <https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/populationandmigration/internationalmigration/datasets/populationoftheunitedkingdombycountryofbirthandnationality> (abgerufen am 2.12.2019).

19. November 2019 – 2. Dezember 2019

19.11.2019	In seinem Exposé stellt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki dem Sejm das Regierungsprogramm für die IX. Wahlperiode vor. Seine Regierung wolle Polen weiter als Wohlfahrtsstaat ausbauen und damit die Fehler der Vorgängerregierungen seit 1989 korrigieren. Der moderne polnische Wohlfahrtsstaat solle sowohl den Familien als auch den Unternehmern dienen. Er werde die Werte der Polen achten und Extremismus, utopische Ideologien, weltanschauliche Revolutionen und Chauvinismus abweisen. Polen gehe mit dem Zeitgeist, verkörpere jedoch vor allem den Geist Polens. Der Sejm spricht der Regierung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit 237 Stimmen bei 214 Gegenstimmen und drei Enthaltungen sein Vertrauen aus.
20.11.2019	Adam Szłapka, Fraktionsmitglied der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) und Mitglied des Ausschusses für die Nachrichtendienste, beantragt beim Ausschussvorsitzenden Waldemar Andzel, den Präses der Obersten Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK) Marian Banaś zur Anhörung einzuladen. Geklärt werden sollen die finanziellen Verhältnisse um ein Gebäude in Krakau (Kraków), das Banaś gehört und in dem angeblich ein Stundenhotel untergebracht ist.
21.11.2019	Der Sejm wählt Krystyna Pawłowicz, Stanisław Piotrowicz und Jakub Stelina zu Richtern am Verfassungstribunal. Die drei Kandidaten waren von der größten Partei im Parlament, Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), vorgeschlagen worden. Die Opposition äußert massive Kritik an den Kandidaten.
22.11.2019	Grzegorz Schetyna, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), gibt bekannt, dass sich der PO-Vorstand auf Vizemarschallin Małgorzata Kidawa-Błońska und Jacek Jaśkowiak, Stadtpräsident von Posen (Poznań), für die parteiinterne Vorauswahl des Präsidentschaftskandidaten geeinigt hat. Die Entscheidung für einen von beiden soll auf dem Parteitag im Dezember getroffen werden. Die Wahl des Staatspräsidenten findet im kommenden Jahr statt.
24.11.2019	Auf dem Parteitag von Die Moderne (Nowoczesna) in Warschau gibt die Parteivorsitzende Katarzyna Lubnauer ihren Rücktritt bekannt. Als Grund nennt sie das Wahlergebnis bei den Parlamentswahlen im Oktober. In der Abstimmung über den neuen Parteivorsitz gewinnt der bisherige Generalsekretär Adam Szłapka mit 66 Stimmen vor dem Abgeordneten Krzysztof Mieszkowski (41 Stimmen). Szłapka kündigt eine Wertediskussion in der Partei an, um die von der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geprägten Bedeutungen von Wertebegriffen neu zu bestimmen. Außerdem sollen die Parteistatuten grundlegend überarbeitet und die internen Parteivorgänge demokratischer werden.
25.11.2019	Die Häfen von Kolberg (Kołobrzeg), Stolpmünde (Ustka), Rügenwalde (Darłowo), Rowe (Rowy), Leba (Łeba) und Großendorf (Władysławowo) werden für ca. zwei Stunden von Fischerbooten blockiert. Damit wollen die Fischer die Regierung auf die Folgen der EU-Direktive aufmerksam machen, die den Dorschfang in der Ostsee ab 2020 deutlich einschränkt, um den Bestand zu retten. Sie fordern von der Regierung Ausgleichszahlungen bzw. Abfindungen bei Stilllegung von Schiffen. Waldemar Giżanowski vom Verband der Kommerziellen und Sportfischereiboote (Stowarzyszenie Armatorów Jachtów Komercyjno-Sportowych) sagt, es hätten Gespräche mit dem Ministerium für Meereswirtschaft zur gemeinsamen Lösung des Problems stattgefunden, doch nach den Parlamentswahlen in Polen im Oktober habe sich das Ressort nicht mehr geäußert.
26.11.2019	Im Europäischen Parlament findet eine Debatte über die Situation der LGBT-Community in Polen statt. Die Europäische Kommission zeigt sich besorgt über Berichte aus Polen, die Hasssprache gegenüber der LGBT-Community und deren Diskriminierung thematisieren, sagt die EU-Kommissarin (2014–2019) Cecilia Malmström. Um diesem entgegen zu treten, suche die Europäische Kommission die Zusammenarbeit mit der polnischen Regierung. Im Dezember soll das Europäische Parlament über eine Resolution zu der debattierten Angelegenheit abstimmen.
26.11.2019	Die Kreisstaatsanwaltschaft Kattowitz (Katowice) gibt die Einstellung von Ermittlungen bekannt, die sich mit einer von nationalistischen Gruppen organisierten Manifestation im November 2017 in Kattowitz befasst haben. Im November 2017 waren in Kattowitz unter dem Motto »Stoppt das heutige Targowica« öffentlich an symbolischen Galgen Fotos von polnischen Europaabgeordneten gezeigt worden, die für die Resolution des Europäischen Parlaments gestimmt hatten, in der Polen zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit aufgerufen worden war. Die Kreisstaatsanwaltschaft Kattowitz sagt, es habe sich um eine symbolische Inszenierung gehandelt, die an historische Ereignisse des 18. Jahrhunderts angeknüpft habe. Das »Happening« sei unter moralisch-ethischen Aspekten sehr kritisch zu beurteilen, biete aber keinen Anlass, strafrechtlich verfolgt zu werden. Die Freiheit des Ausdrucks umfasse nicht nur wohlwollende Inhalte, sondern auch beleidigende und schockierende, was auch gängige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sei.

27.11.2019	Der Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar kritisiert die Entscheidung der Kreisstaatsanwaltschaft Kattowitz (Katowice) vom Vortag, die Ermittlungen zu einer Manifestation nationalistischer Gruppen im November 2017 in Kattowitz einzustellen. Signalisiert werde damit, dass Taten in Polen nicht verfolgt werden, wenn die Opfer politische Gegner des Generalstaatsanwalts seien, schreibt Bodnar im Kurznachrichtendienst »Twitter«. Bei der Manifestation waren an symbolischen Galgen Fotos von polnischen Europaabgeordneten gezeigt worden, die die Resolution des Europäischen Parlaments unterstützt hatten, in der Polen zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit aufgerufen worden war.
29.11.2019	Das Zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) teilt in einer Presseerklärung mit, dass es bei der Staatsanwaltschaft gegen Marian Banaś, Präses der Obersten Kontrollkammer (Najwyższa Izba Kontroli – NIK), wegen einer möglichen Straftat im Zusammenhang mit Banaś Eigentumserklärungen Anzeige erstatter hat. Die Oberste Kontrollkammer dementiert Medienberichte, dass Banaś zurückgetreten sei.
30.11.2019	In Warschau beginnt der Parteitag von Die Linke Gemeinsam (Lewica Razem), die seit den Parlamentswahlen im Oktober mit sechs Sejm-Abgeordneten in der Fraktion Die Linke (Lewica) vertreten ist. Adrian Zandberg, Mitglied des Parteivorstands, und Marcelina Zawisza, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, unterstreichen, dass Razem die Regierung vor allem in sozialpolitischen Themen sowie Angelegenheiten der Bürgerrechte und Demokratie kontrollieren werde.
01.12.2019	In mehreren Städten Polens finden Kundgebungen gegen die politische Instrumentalisierung der Justiz und für Solidarität mit den Richtern statt. Der unmittelbare Anlass war, dass Paweł Juszczyzyn, Richter am Bezirksgericht Allenstein (Olsztyn), aus der Delegation an das Kreisgericht ausgeschlossen wurde, nachdem er den Direktor der Sejm-Kanzlei aufgefordert hatte, geheime Unterstützerlisten für die Kandidaten des vom Sejm neu gewählten Landesjustizrates (Krajowa Rada Sądownictwa – KRS) zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde Juszczyzyn durch den Präses des Bezirksgerichts und Mitglied des KRS Maciej Nawacki seiner beruflichen Tätigkeit am Gericht in Allenstein enthoben.
02.12.2019	Vor Beginn des Weltklimagipfels 2019 (COP25) in Madrid sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass Polen weitere Anstrengungen zum Umbau seines Energiesystems und zur Reduzierung der CO ₂ -Emissionen unternehmen wird. Allerdings erwarte Polen dafür auch ein Entgegenkommen und dass der Ausgangspunkt Polens, die Abhängigkeit vom Energieträger Kohle, berücksichtigt werde.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

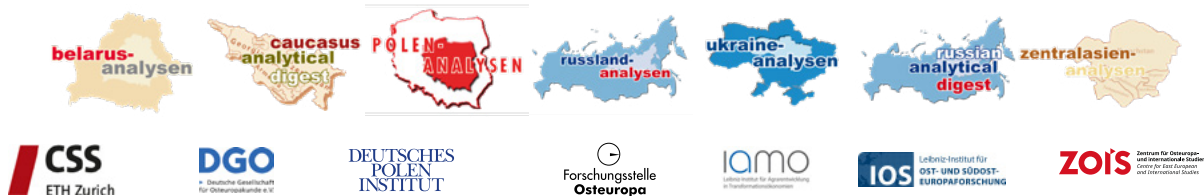
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.